

7. OKTOBER

Gemeinsame Pressemitteilung

Offener Brief der Berliner Wirtschaft an die Abgeordneten zur geplanten Ausbildungsplatzumlage: Vorhaben schadet dem Wirtschaftsstandort!

In einem offenen Brief an die Mitglieder des Berliner Abgeordnetenhauses appelliert ein breites Bündnis aus der gesamten Berliner Wirtschaft, die Pläne zur Einführung der sogenannten Ausbildungsplatzumlage nicht weiter zu verfolgen. Das Gesetz schadet dem Wirtschaftsstandort Berlin, belastet in konjunkturell schwierigen Zeiten die Unternehmen zusätzlich – ohne die wahren Probleme auf dem Ausbildungsmarkt zu lösen. In der Praxis wird diese völlig sinnlose Belastung zu einem massiven Aufwuchs von Bürokratie und hunderten Klagen von Unternehmen führen, wie der seit Anfang des Jahres in Bremen geltende Ausbildungsausgleichsfonds zeigt.

Sebastian Stietzel, Präsident IHK Berlin: „Viele Unternehmen blicken fassungslos auf die aktuelle politische Debatte um die Ausbildungsplatzumlage. Sie schaffen Arbeitsplätze, zahlen Steuern – und sollen jetzt bestraft werden, weil die Politik festlegen will, wie viele Ausbildungsplätze die Berliner Wirtschaft besetzen „sollte“. Wohin das führt, sehen wir aktuell in Bremen: Mehr Bürokratie, mehr als 330 Klagen gegen das dortige Gesetz, weniger Ausbildungsverträge – und ein unterfinanzierter Fonds, der möglicherweise mit Steuergeldern ausgeglichen werden muss. Angesichts der knappen Haushaltslage in Berlin ist es nicht nachvollziehbar, warum sechs Millionen Euro in den Aufbau von Bürokratie statt in die Unterstützung von Jugendlichen fließen sollen. Unser dringender Appell an die Abgeordneten ist deshalb, nicht die Bremer Fehler zu wiederholen und das Gesetz zu stoppen. Noch ist es nicht zu spät.“

Jürgen Wittke, Hauptgeschäftsführer Handwerkskammer Berlin: „Traditionell verfügt das Handwerk über eine überdurchschnittliche Ausbildungsquote, aber aktuell fehlen Hände, nicht Abgaben. Wenn Unternehmen ihre offenen Ausbildungsplätze nicht besetzen können, würde eine Ausbildungsumlage zur unnötigen Zusatzbelastung. Bei der Preiskalkulation und bei Auftragsvergaben hätten Berliner Handwerksbetriebe dann Wettbewerbsnachteile gegenüber Unternehmen aus Brandenburg oder anderen Bundesländern. Mehr besetzte Ausbildungsplätze in Berlin kommen dabei sicherlich nicht heraus. Notwendig sind hingegen eine strukturierte Berufsorientierung und die anerkannte Gleichwertigkeit von akademischen und dualen Ausbildungswegen.“

Stefan Moschko, Präsident Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg e.V.: „Der Bund und andere Bundesländer arbeiten auf vielen Ebenen daran, Bürokratie abzubauen und Unternehmen zu entlasten. Berlin plant das genaue Gegenteil und will die Wirtschaft mit einem Gesetz überziehen, das einen enormen zusätzlichen Aufwand und weitere unnötige Kosten bringt. Und das in einer Zeit,

Industrie- und Handelskammer zu Berlin

Claudia Engfeld | E-Mail: claudia.engfeld@berlin.ihk.de | Fasanenstraße 85 | 10623 Berlin | Tel.: +49 30 31510-356 | Fax: -344

Handwerkskammer Berlin

Elke Sarkandy | E-Mail: sarkandy@hwk-berlin.de | Blücherstraße 68 | 10961 Berlin | Tel.: +49 30 25903-234 | Fax: -235

Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg (UVB)

Carsten Brönstrup | E-Mail: broenstrup@uvb-online.de | Am Schillertheater 2 | 10625 Berlin | Tel.: +49 30 31005-114 | Fax: -166

die geprägt ist von Wachstumsschwäche, Unsicherheit und Transformation. Hinzu kommt, dass die sogenannte Ausbildungsplatzumlage ein Rezept aus der arbeitsmarktpolitischen Mottenkiste ist. Sie ignoriert, dass viele Unternehmen vergeblich versuchen, Nachwuchskräfte anzuwerben. Sie übersieht, dass vielen jungen Menschen selbst elementare Qualifikationen für das Berufsleben fehlen, weil die Schule sie nicht darauf vorbereitet hat. Deshalb wird die Umlage keinen einzigen zusätzlichen Ausbildungsplatz bringen – der Berliner Wirtschaft aber erheblich schaden.“

Franziska Teubert, Geschäftsführerin Bundesverband Deutsche Startups e.V.: "Die Umlage schadet insbesondere Startups, die gerade in der frühen Phase oft noch gar keine Umsätze machen und über kaum finanzielle Ressourcen verfügen. Gleichzeitig sind Startups und Scaleups maßgeblicher Treiber für die wirtschaftliche Dynamik in der Hauptstadt. Der Senat sollte daher junge, technologieorientierte Unternehmen nach Kräften stärken, statt sie mit zusätzlichen Abgaben und bürokratischen Aufwänden völlig unnötig zu belasten. Die Umlage ist mehr als nur ein fatales Signal, sie ist innovationsfeindlich und schwächt den Startup-Standort Berlin. Das gilt insbesondere im Wettbewerb mit anderen nationalen Startup-Hubs. Angesichts der ungeahnten Standortförderung aus Berlin knallen in München bestimmt die Korken."

Den Offenen Brief der Berliner Wirtschaft an die Mitglieder des Abgeordnetenhauses finden Sie im Anhang.

Informationen zur Ausbildungsplatzumlage und weitere Stimmen aus der Berliner Wirtschaft haben wir unter www.ausbildung-statt-abgabe.berlin zusammengestellt.

WIR SIND GEGEN DIE AUSBILDUNGSPLATZABGABE



Ausbildungsplatzumlage – Aufforderung zum Verzicht auf das Vorhaben

Wir, die größten privaten Arbeitgeber in Berlin, sind ein zentraler Bestandteil der Wirtschaft in der Hauptstadt. Wir bieten zehntausende hochqualifizierte Arbeitsplätze, unsere Investitionen und Innovationen tragen dazu bei, dass sich Berlin zu einem dynamischen Standort in Europa entwickelt hat. Wir engagieren uns intensiv für die duale Ausbildung und bieten Jahr für Jahr tausenden jungen Menschen einen qualifizierten Start in das Berufsleben.

Wir wenden uns heute an Sie, weil wir angesichts der von CDU und SPD geplanten Ausbildungsplatzumlage in großer Sorge sind. Das Instrument ist aus unserer Sicht aus zahlreichen Gründen kontraproduktiv und schädlich für die Wirtschaft. Wir fordern Sie eindringlich auf, von diesem Vorhaben Abstand zu nehmen.

1. Mangelnde Wirksamkeit

Eines der größten Probleme auf dem Berliner Ausbildungsmarkt ist der Mangel an qualifizierten Bewerberinnen und Bewerbern. Auch eine finanzielle Abgabe schafft keine zusätzlichen ausbildungsfähigen und ausbildungswilligen Jugendlichen. Viele Unternehmen bemühen sich längst intensiv mit Nachhilfeunterricht und speziellen Schulungen darum, junge Menschen ausbildungsreif zu machen. Wer trotzdem keine geeigneten Kandidaten findet, würde durch eine Umlage doppelt bestraft – einmal durch unbesetzte Stellen, ein zweites Mal durch die Abgabepflicht.

2. Erhebliche zusätzliche Bürokratie

Die Administration der Umlage erfordert einen zusätzlichen Verwaltungsaufwand sowohl auf Seiten der Unternehmen als auch auf Seiten der Behörden. In den Betrieben würde das Personalkapazitäten in erheblichem Umfang binden. Gerade in wirtschaftlich angespannten Zeiten muss es das Ziel sein, Bürokratie abzubauen.

3. Unverhältnismäßige Kostenbelastung

Die Umlage würde insbesondere die größeren Unternehmen überproportional treffen. Statt Anreize für verstärktes Engagement zu setzen, würde die Umlage für viele Firmen zu einer zusätzlichen finanziellen Belastung führen, die Investitionen in Ausbildungsqualität und -kapazitäten erschwert.

Unsere Position

Qualität in der Ausbildung entsteht nicht durch Zwang und Sanktionen, sondern durch Partnerschaft, gute Rahmenbedingungen und gegenseitiges Vertrauen zwischen Wirtschaft, Politik und Bildungseinrichtungen. Was Berlin benötigt, sind keine Strafabgaben, sondern:

- verbesserte Schulqualität und intensivere Berufsorientierung

- Bürokratieabbau statt zusätzlicher Belastungen
- Anreize und Unterstützung für ausbildende Betriebe
- gemeinsame Anstrengungen, um die Ausbildungsreife junger Menschen zu erhöhen.

Als große Arbeitgeber Berlins stehen wir zu unserer Verantwortung für die Ausbildung der nächsten Generation. Wir bitten Sie jedoch eindringlich, auf das Instrument der Ausbildungsplatzumlage zu verzichten. Stattdessen schlagen wir einen konstruktiven Dialog vor, um gemeinsam an einer Stärkung der dualen Ausbildung zu arbeiten.

Wir stehen für ein persönliches Gespräch zu diesem Thema gerne zur

Verfügung. Mit freundlichen Grüßen

50Hertz Transmission GmbH

Stefan Kapferer (Vorsitzender der Geschäftsführung)

ABB AG

Alexander Zumkeller (Vorstand und Arbeitsdirektor)

Adtran GmbH

Guido Brinkmann (Geschäftsführer), Gunnar Wilsdorf (Geschäftsführer)

ALBA plc & CO. KG

Dr. Robert Arbter (CEO)

ALSTOM Transportation Germany GmbH

Peter Obermac (Vice President Human Resources Region Central and Northern Europe)

AOK Nordost – Die Gesundheitskasse

Daniela Teichert (Vorstandsvorsitzende)

Apleona Security Services GmbH

Rainer Ehrhardt (Geschäftsführer)

ASSA ABLOY Sicherheitstechnik GmbH

Dr. Timo Spiegel (Head of Operations Berlin)

AUGUST STORCK AG

Lukas Djafar Lücke (Geschäftsführer Produktion)

avanti GmbH

Petra Reinholz (Geschäftsführerin)

Axel Springer SE

Dr. Mathias Döpfner (Vorstandsvorsitzender), Mark Dekan (CFO),
Claudius Senst (COO)

BASF Services Europe GmbH

Ralf Sündermann (Geschäftsführung), Gunilla Roesler-Dalitz (Geschäftsführung)

Bayer AG

Dr. Bettina von Streit (Standortleitung, Head of Site Management Berlin and SMIS FM)

BBU Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.

V. Maren Kern (Mitglied des Vorstandes)

BVV Versicherungsverein des privaten Bankgewerbes a. G.

Marco Herrmann (Vorstandsvorsitzender)

Berlin-Chemie | Menarini Group

Han Steutel (Chairman of the Board)

Berliner Sparkasse

Dr. Johannes Evers (Vorsitzender des Vorstandes)

Berliner Volksbank eG

Carsten Jung (Vorstandsvorsitzender)

BIO COMPANY SE

Nicole Korset-Ristic (Vorständin)

BMW Group Werk Berlin

Prof. Dr. Helmut Schramm (Leiter Produktion BMW Motorrad)

CL Spedition Berlin

Carsten Lohse (Geschäftsführer)

Coca-Cola Europacific Partners Deutschland GmbH

Cornelia Folz (Vice President Public Affairs, Communications & Sustainability)

Commerzbank AG

Sabrina Kensey (Bereichsvorständin Mittelstandsbank Mitte/Ost)

DB Sicherheit GmbH

Karan F. A. Chavan (Leiter Regionalbereich Nordost)

Deutsche Bahn AG

Alexander Kaczmarek (Konzernbevollmächtigter für die Länder Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern)

Deutsche Bank AG

Harald Eisenach (Sprecher der regionalen Geschäftsleitung Ost, Leiter Unternehmensbank Ost)

Diehl Metal Applications GmbH

Marc Burges (CFO / Geschäftsfeld Diehl Metal Applications, Geschäftsführer)

Dussmann Group

Olaf Dippel (Head of Group HR)

EDEKA

Mathias Pinnow (Geschäftsführer Vierte EDEKA-Markt Berlin GmbH)

ESMT Berlin

Dr. Matthias Koch (COO/CFO)

Estrel Hotel Berlin

Ute Jacobs (Geschäftsführende Direktorin)

Everllence SE

Dr. Sven Düselmann (Standortleiter)

Feuersozietät Berlin Brandenburg Versicherung

Aktiengesellschaft Dr. Frederic Roßbeck (Vorstandsvorsitzender)

Flaconi GmbH

Alexandra Szarmach (CHRO und Teil der Geschäftsführung)

Fröbel Bildung und Erziehung gemeinnützige GmbH

Stefan Spieker (Geschäftsführer)

GALERIA Karstadt Kaufhof GmbH

Julian Hofer (Regional Sales Director)

GE Power GmbH

Zoltan Hetenyi (Standortleiter Berlin - Plant Leader)

Gi Group Deutschland GmbH

Martin Klingen (Chief Corporate Affairs Officer Germany & Nordics,
Mitglied der Geschäftsführung)

Haberling GmbH & Co. Int. Sped. KG

Martin Kreß (Geschäftsführer)

Helios Klinikum Berlin-Buch GmbH

Carmen Bier (Geschäftsführerin)

Höffner Möbelgesellschaft GmbH & Co. KG

Joachim Hoffmann (Geschäftsführer)

Hotel Berlin, Berlin

Jan Henningsen (General Manager)

House of Healthcare GmbH

Petra Reinholz (CEO / Geschäftsführerin)

House of HR Germany GmbH

Ana Herbst ppa. (Prokuristin, Head of Legal, Compliance & Risk)

IDEAL Versicherungsgruppe

Maximilian Beck (Vorsitzender der Vorstände)

Kaufland

Heinrich Ringeling (Geschäftsführer Vertrieb Region Ost)

Knorr-Bremse Systeme für Schienenfahrzeuge GmbH

André Janis (Standortleiter)

Königliche Porzellan-Manufaktur

Martina Hacker (Geschäftsführung)

KÖTTER SE & Co. KG Security, Berlin

Rüdiger Haase (Geschäftsführender Direktor)

Mercedes-Benz AG Werk Berlin

Dr. Markus Keicher (Director & Plant Manager Berlin)

Mercure Hotel MOA Berlin

Philip Ibrahim (Hotel Direktor - General Manager)

Park Inn by Radisson Berlin Alexanderplatz

Jürgen Gangl (General Manager & Director of Operation Event Hotels)

REWE

Stefan Hörning (Vorsitzender der Geschäftsleitung Region Ost)

Rossmann

Stefan Sander (CHRO / Mitglied der Geschäftsleitung)

Sana Kliniken Berlin-Brandenburg GmbH (SBB)

Jean Franke (Cluster-Geschäftsführerin Berlin/Brandenburg Nord)

Securitas GmbH Sicherheitsdienste

Mathias Fiedler (Regional Vice President)

Siemens AG

Annette Kraus (Executive Vice President, Personalleiterin, Siemens Deutschland),
Bettina Weckesser (Global Head of Siemens Professional Education)

Stadler Deutschland GmbH

Jure Mikolčić (CEO Division Deutschland, Mitglied der Konzernleitung)

Stephanus-Stiftung und Tochtergesellschaften

Dr. Ellen Ueberschär (Vorsitzende des Vorstands)

Stern und Kreisschiffahrt GmbH

Andreas Behrens (Geschäftsführung, Geschäftsführer)

TimePartner Personalmanagement GmbH

Ana Herbst ppa. (Prokuristin, Head of Legal, Compliance & Risk)

TÜV Rheinland Akademie GmbH

Andreas Ollhoff (Senior Vice President)

Vivantes - Netzwerk für Gesundheit GmbH

Dr. Johannes Danckert (Vorsitzender der Geschäftsführung & Geschäftsführer Klinikmanagement), Dorothea Schmidt (Geschäftsführerin Personalmanagement)

Zoologische Gärten Berlin

Dr. Andreas Knieriem (Vorstand und Direktor Zoo Berlin AG, Geschäftsführer und Direktor Tierpark Berlin GmbH)